

# Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

dank eines Kraftakts der FREIEN WÄHLER und ihrer Bündnispartner war es vergangenen Donnerstag soweit: Der Bayerische Landtag hat die endgültige **Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Bayern** beschlossen. Allen unseren Unterstützern sagen wir ein herzliches Dankeschön, nicht zuletzt den zahlreichen Bürgerinitiativen! **Für Millionen von Bürgern ist mit der Entscheidung das Damoklesschwert von Straßenausbaubeitragsbescheiden für die Zukunft vom Tisch.** Dennoch betrachten wir das nun von der CSU vorgelegte Gesetz nur als Etappensieg. Das Ende der „Strabs“ ist für uns ein weiterer immenser politischer Erfolg – nach Abschaffung der Studiengebühren und Rückkehr zum G9 – aber beim Gesetz der Staatsregierung sehen wir jede Menge Nachbesserungsbedarf: Wir fordern die Rückerstattung bereits bezahlter Straßenausbaubeiträge bis einschließlich 1. Januar 2014. Die Staatsregierung hatte willkürlich den 1. Januar 2018 festgesetzt. Zudem fordern wir eine ordentliche **kommunale Ersatzfinanzierung** für die wegfallenden Straßenausbaubeiträge in Höhe von **mindestens 150 Millionen Euro im Jahr**. Dabei muss es egal sein, ob die Kommunen bereits zuvor eine Beitragssatzung beschlossen hatten oder nicht. Schließlich benötigen alle Städte und Gemeinden eine vernünftige Finanzausstattung! Das alles wollen wir im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger durchsetzen – spätestens im Herbst, nach der Landtagswahl.



Ihr Joachim Hanisch  
Kommunalpolitischer Sprecher  
Sprecher für Regional- und Landesentwicklung

# R ü c k b l i c k

Die bayerische Landeshauptstadt verändert sich rasant. Aufgrund des enormen Wachstums fehlt es in München an Wohnungen, Schulen und Kindertagesstätten – das Straßennetz und der öffentliche Nahverkehr sind überlastet. In unserer Aktuellen Stunde „**Nein zur dritten Startbahn – Lebensqualität schützen statt einseitigem Megawachstum!**“ setzen wir uns für eine Politik mit Augenmaß im Großraum München ein. Die Staatsregierung lässt hingegen mit ihrer Wachstumssucht die Münchnerinnen und Münchner im Regen. Sie drohen den Menschen mit Enteignung, wie es bei der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme, kurz SEM, im Münchner Norden und Nordosten der Fall ist – nur um die ohnehin überhitzte Landeshauptstadt weiter wachsen zu lassen. Wir fordern CSU und SPD auf, die SEM im Nordosten Münchens sofort zu beenden, denn wir machen Politik für die Zukunft unserer Heimat Bayern. Zurzeit wird eine kontroverse Stadt-Land-Debatte geführt: Die Lebensqualität in der Großstadt sinkt, weil der Zuzug zu stark ist – und im ländlichen Raum fühlen sich die Menschen vernachlässigt. In dieser Diskussion spielt die dritte Startbahn eine richtungsweisende Rolle: Es geht nicht mehr nur um die Frage der Notwendigkeit einer Startbahn, sondern um die Betroffenheit der Menschen in der Region. Eine dritte Startbahn wäre wie ein Elefant im Vorgarten Münchens, der alles kaputt trampelt und gleichzeitig immer gefräßiger wird. Wir setzen uns daher für einen Ausgleich zwischen Stadt und Land ein: Das Leben in Bayern muss in allen Regionen lebenswert bleiben.

Wir FREIE WÄHLER haben uns mit einem Dringlichkeitsantrag für **mehr Studienplätze im Fach Humanmedizin an bayerischen Universitäten** eingesetzt. Unser Antrag wurde in dieser Woche im Landtag von den anderen Fraktionen abgelehnt – und das, obwohl es ein klares Versäumnis ist, dass auch im „Masterplan Medizinstudium 2020“ keine Einigung über eine deutliche Erhöhung der Studienplatzkapazität erzielt werden konnte. Heute leben mehr als 82 Millionen Menschen in Deutschland – so viele wie noch nie. Die Anzahl der Studienplätze im Fach Humanmedizin wurde aber weder an den steigenden Bedarf noch an die hohe Nachfrage angepasst. 1989 hat es allein in den alten Bundesländern rund 85.000 Studierende gegeben. 2016 waren es – nach Wiedervereinigung und massiver Zuwanderung – nur 6.000 mehr. Hier werden demographische Entwicklung und medizinischer Fortschritt einfach ignoriert. Zudem hat sich das Berufsbild des Arztes geändert. Junge Mediziner wollten geregelte

Arbeitszeiten und eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Verstärkt wird dieser Trend durch den Umstand, dass inzwischen 70 Prozent der Medizinstudierenden weiblich sind. Die flächendeckende medizinische Versorgung der Menschen in ganz Bayern kann nur sichergestellt werden, wenn mehr Studienplätze geschaffen werden. Dafür werden wir uns aus Überzeugung auch weiter einsetzen.

Am vergangenen Montag haben wir im Bayerischen Landtag viele Gäste zu unserem Kongress „**Pflegende Angehörige am Limit – was tun?**“ empfangen. Wir haben diskutiert, wie ein Älterwerden in den eigenen vier Wänden ermöglicht werden kann und welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit Angehörige die Pflege mit ihrer Berufstätigkeit besser vereinbaren können. Bessere Rahmenbedingungen und eine angemessene Bezahlung für das Pflegepersonal sind zwingend erforderlich. Um den wachsenden Bedarf an geeigneten Pflegerinnen und Pflegern zu decken, müssen diese für unsere Gesellschaft wertvollen Berufe in jeder Hinsicht attraktiver werden. Wichtig hierfür sind ein verbesserter Personalschlüssel, eine qualifizierte Aus- und Weiterbildung, der Abbau unnötiger Bürokratie sowie die Reduzierung der psychischen und physischen Belastung aller Pflegenden. Nur so ist eine Aufwertung des Pflegeberufs in der Gesellschaft zu erreichen. Wer auf Missstände in der Pflege hinweisen will, muss dies bei einem ortsnah ansässigen Ombudsmann tun können. Desweiteren setzen wir FREIEN WÄHLER uns für die Förderung alternativer Wohnformen ein – insbesondere für Demenzkranke. Der Ausbau der Tagespflege ist entscheidend für die Entlastung von Menschen, die ihre Angehörigen pflegen. Wir müssen die Pflege aus den Strukturen des 19. Jahrhunderts befreien und zukunftsfest machen, denn die derzeitige Situation in Bayern ist weder für Pflegebedürftige noch für die Pflegenden akzeptabel. Wer beiden eine starke Stimme geben will, kommt an der Einrichtung einer Pflegekammer nicht vorbei – das muss auch die Bayerische Staatsregierung endlich erkennen und umsetzen.

Im Freistaat wird es bald wieder eine eigene 'Bayerische Grenzpolizei' geben. Wir FREIE WÄHLER meinen: Das ist eine Schnapsidee! Die Errichtung einer Grenzpolizei ist und bleibt ein großer Etikettenschwindel und gleicht dem kreativen Einfall einer Werbeagentur – denn die Bevölkerung wird mit diesem Begriff hinters Licht geführt. **Wir FREIE WÄHLER fordern schon lange mehr Personal in der Fläche und einen kontinuierlichen Ausbau der Schleierfahndung.** Mit Einführung einer sogenannten ‚Bayerischen Grenzpolizei‘ wird jedoch bestehendes Personal

mit zusätzlichen Aufgaben gebunden. Das ist Wahlkampf zulasten der Bayerischen Polizei und zulasten unserer Inneren Sicherheit.

Die CSU hat den Gesetzentwurf des **Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes** überarbeitet: Um die Christsozialen zum Einlenken zu bewegen, hat es heftigen Widerstand und deutliche Kritik unserer Fraktion sowie von Fachwelt und Bevölkerung gebraucht. Nach umfangreichen Änderungsanträgen liegt nun jedoch ein Entwurf vor, der in den wichtigsten Bereichen den Expertenempfehlungen entspricht. So wurde die Unterbringungsdatei gestrichen und die unsägliche Vermischung von psychisch kranken Menschen mit Straftätern beseitigt. Wir werden die Umsetzung des nun zustimmungsfähigen Gesetzentwurfs kritisch begleiten und dabei einen Fokus auf die flächendeckende Einrichtung der Krisendienste legen.

Wir FREIE WÄHLER befürworten das **Streikverbot für Lehrerinnen und Lehrer**. Sie sind hoheitlich tätig und müssen den Unterrichtsbetrieb aufrechterhalten. Sonst wären zigtausende Eltern unverschuldet gezwungen, einen eventuellen Lehrerstreik auszubaden, weil sie kurzfristig für die Betreuung ihrer Kinder sorgen müssten. Es ist schon etwas weit hergeholt, den Verlust der Menschenrechte zu beklagen, nur weil Beamten aus verfassungsrechtlichen Gründen und hochrangigen Interessen von Staat und Gesellschaft das Streikrecht verwehrt wird. Die allermeisten Beamtinnen und Beamten sehen diese Menschenrechtsverletzung selbst überhaupt nicht und erkennen an, dass das Streikverbot und weitere Pflichten vom Dienstherrn durchaus auch kompensiert werden.

## Impressum

---

Joachim Hanisch  
Hintere Marktstr. 13  
92436 Bruck i. d. OPf.  
Tel.: 09434 / 901513  
joachim.hanisch@fw-landtag.de  
www.joachim-hanisch.de